

Wie ernst nehmen wir universelle Werte in der Flüchtlingspolitik noch?

Luise Amtsberg

Menschenrechte müssen wieder zum Fundament politischen Handelns werden

Zu Recht blicken viele Menschen in unserem Bundesland – das gerade 30 Jahre Flüchtlingsrat „feiert“ – mit einer gewissen Fassungslosigkeit auf die Lage von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, aber auch in Deutschland selbst.

Angesichts der oftmals dramatischen Lebensumstände wie auf den griechischen Inseln und an der bosnisch-kroatischen Grenze fragt man sich: Welche Bedeutung haben die universellen Werte der Europäischen Union und Deutschlands im Konkreten tatsächlich noch? Die Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik der letzten Jahre müssen wir feststellen, dass die europäischen Regierungen und auch die Bundesregierung diese Werte zunehmend aus dem Blick verlieren.

Menschenrechte an EU-Außengrenzen garantieren

Menschen müssen an unseren EU-Außengrenzen unter unwürdigen Bedingungen leben. Sie müssen für Essen, den Toilettengang und Duschen stundenlang Schlange stehen, werden ohne Grund inhaftiert, leben im Winter unter Planen. Union und SPD wollen nicht mehr tun, weil andere EU-Mitgliedsstaaten gar nichts tun. Dabei stehen so viele Kommunen als Sichere Häfen bereit, die Schutzsuchende über die verpflichtende Quote hinaus aufnehmen wollen: Von Sylt und Flensburg im Norden über Kiel und Neumünster bis nach Lübeck, Elmshorn und Geesthacht im Süden.

Lesbos, Griechenland



Bei den letzten Kontingentaufnahmen von Geflüchteten von den griechischen Inseln haben die Bundesländer deutlich mehr freie Kapazitäten gemeldet, als der Bund letztlich Menschen aufgenommen hat. Horst Seehofer müsste die Kommunen also endlich in ihrem Anliegen ernst nehmen. Denn die Aufnahmebereitschaft ist da. Es mangelt am Willen der Bundesregierung.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten aber bei allen EU-

Mitgliedstaaten gleichermaßen. Schutzsuchende müssen in der EU menschenwürdig untergebracht und fair verteilt werden. Dafür haben wir im Bundestag konkrete Vorschläge gemacht. Zusätzlich brauchen wir dringend sichere Zugangswege nach Europa. Das kann über eine weniger bürokratische Erteilung von Visa, den erleichterten Familiennachzug oder auch die verstärkte Umsiedlung von Schutzbedürftigen gelingen.

Abschiebungen in Pandemiezeiten sind Irrsinn

Auch in der nationalen Flüchtlingspolitik mangelt es Union und SPD zunehmend am menschenrechtlichen Kompass. Der Umgang mit dem Coronavirus offenbart die widersprüchliche und unsolidarische Politik gegenüber Geflüchteten. Ein besonders absurdes Beispiel hierfür sind die stattfindenden Abschiebungen. Trotz der pandemischen Reise- und Bewegungseinschränkungen halten das sozialdemokratisch geführte Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium Abschiebungen in Länder wie Äthiopien, den Sudan, nach Pakistan und Sri Lanka für vertretbar. Zuletzt wurden auch die Abschiebungen nach Afghanistan wieder intensiviert. Während wir alle versuchen, so viel wie möglich Zuhause zu bleiben, werden Menschen, die immer wieder auch Risikogruppen angehören, in Corona-Risikobereiche abgeschoben. Das ist weder aus epidemiologischer noch aus menschenrechtlicher Perspektive zu rechtfertigen.

Ebenso zynisch ist es, dass die Innenminister*innen auf ihrer letzten Konferenz den generellen Abschiebestopp nach Syrien nicht verlängert haben. Syrien ist und bleibt auf unabsehbare Zeit für niemanden sicher. Der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes bestätigt das einmal mehr. Noch immer werden Oppositionelle tagtäglich vom Assad-Regime und anderen Kriegsparteien bedroht und verfolgt. Zehntausende unschuldige politische Häftlinge sitzen weiterhin in den Foltergefängnissen des Regimes. Geflüchteten drohen überall im Land nach ihrer Rückkehr die Zwangsrekrutierung zum Militärdienst, Enteignungen und Folter. Das gilt auch für straffällige Geflüchtete. Wie können die Innenminister*innen unter diesen Voraussetzungen Abschiebungen nach Syrien und damit eine Kooperation mit dem Kriegsverbrecher Assad ernsthaft in Erwägung ziehen? Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp



Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg, Bündnis 90 / Die Grünen

für Syrien und insbesondere auch vor dem Hintergrund des baldigen westlichen Truppenabzugs einen Abschiebestopp für Afghanistan.

Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stärken

Die Geltung der Menschenrechte für Alle wird immer stärker infrage gestellt: nicht nur durch die beschriebene, restriktive Flüchtlingspolitik dieser Bundesregierung und vom organisierten Rechtsextremismus, den wir mittlerweile täglich in allen Landesparlamenten, in vielen Kommunen und auch im Deutschen Bundestag erfahren müssen. Sondern unsere demokratischen Werte stehen auch deshalb unter Druck, weil die Bundesregierung die Handlungsspielräume einer kritischen Zivilgesellschaft immer stärker einschränkt.

Ärztinnen machen sich strafbar, wenn sie vernünftig über Schwangerschaftsabbrüche informieren wollen. Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe werden von der Union und der Kanzlerin zur Zielscheibe von Diffamierungen und Einschüchterungen, weil sie sich für unser aller Rechte einsetzen. Organisationen wie Campact verlieren ihre Gemeinnützigkeit, weil sie zu kritisch, zu politisch, zu unbequem sind. Flüchtlingsverbände machen sich angeblich strafbar, wenn sie über Abschiebungen informieren. Die

zivile Seenotrettung wird kriminalisiert, obwohl sie das tut, was eigentlich ein starker Staat tun müsste: nämlich Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Demokratie schützen und verteidigen

All diese Dinge schwächen eine gesunde Demokratie und führen uns vor Augen, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist: Sie muss mit Leben gefüllt, geschützt und verteidigt werden. Allen voran von denen, die politische Mandate innehaben und damit politisch Verantwortung tragen. Bei der kommenden Bundestagswahl geht es deshalb auch um Haltung und politischen Stil. Eine kritische Zivilgesellschaft muss Grundlage dafür sein, Politik besser zu machen. Am Ende ist es wie in der Demokratie auch in der Flüchtlingspolitik eine Haltungsfrage. Wie ernst nehmen wir die viel beschworenen Werte? Geflüchtete Menschen werden tagtäglich an unseren EU-Außengrenzen und in unserem Land ihrer Grund- und Menschenrechte beraubt. Wir dürfen das nicht hinnehmen. Ein alternativer und humaner Umgang mit Schutzsuchenden muss möglich sein.

Luise Amtsberg ist flüchtlingspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Spitzenkandidatin der Grünen Schleswig-Holstein zur Bundestagswahl 2021
www.luise-amtsberg.de